

R. M.

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Betr.: **Grundwassernotstand im Rudower Blumenviertel im Berliner Bezirk Neukölln**

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

nach Stilllegung des Wasserwerkes Johannisthal Mitte der 90er Jahre wird die Heberbrunnenanlage im Glockenblumenweg seit 1997 durch den Senat zwecks **siedlungsverträglicher** Grundwasserstände (weitestgehend trockene Keller), zu der er sich 1999 gem. § 37a Berliner Wassergesetz (BWG) auch **dauerhaft** verpflichtete, betrieben.
Die Altlastensanierung (Behebung von Kontamination) war ein Nebeneffekt.

Die Betriebserlaubnis der Anlage erlischt am 31.12.2017 mit der Maßgabe, dass der Senat nicht beabsichtigt, die Anlage aus Kostengründen, wegen fehlender rechtlicher Grundlage und der weiteren Begründung, die Altlastensanierung sei **so gut wie abgeschlossen**, weiter zu betreiben.
Der § 37a BWG wird seitens des Senates negiert und ignoriert, womit er dann keine Verpflichtung mehr hätte, für **siedlungsverträgliche** Grundwasserstände dauerhaft zu sorgen.

Im Umkehrschluss bietet der Senat an, die Anlage drei bis vier Jahre unter der Bedingung weiter zu betreiben, dass die betroffenen Bürger sich bis zum **13.10.2017** verbindlich bereit erklären, bis zum Ende 2018 einen Verband zu gründen, der - bei voller Kostentragung - die Planung, die Baudurchführung und den Betrieb einer neuen, ggf. auch zu sanierenden Anlage, übernimmt. wobei Die **tatsächlichen** Kosten werden durch den Senat **verschwiegen**.

Sollte die verbindliche Erklärung der Mehrheit der Bürger nicht fristgerecht vorliegen, werde die Anlage abgeschaltet. Es wird sich vielfach der erwartende höchste **Grundwasserstand** (zeHGW) einstellen, bei dem Keller bis zu ca. 1,20 m unter Wasser stünden.

Nachstehend eine Kurzfassung zu den Folgen der Abschaltung:

Vegetationsschäden

Wurzelwerk von Bäumen, auch im öffentlichen Straßenland, verfault; keine Standsicherheit; Gefahr für Leib und Leben; Sachschäden; Fällung; Ersatzpflanzung; Rückschnitt;
Verkehrssicherungspflicht
Verantwortung für öffentliches Grün soll gem. Vorstellung des Senates der Verband übernehmen

Wasserzähler (WZ) – Schächte Schmutzwasserkanal – Hausanschlusskasten (HA)

Überstau von BWB- Anlagen, Ablesung/ Auswechslung/ Reinigung des WZ /HA- Kanales d.d. BWB nicht möglich; hohe Kosten f. d. Verbraucher bei Umbau der Schächte; Reinigung der Grundleitung HA nicht möglich

Schmutzwasserkanal - SK

Überstau im SK, in Anschluss – und Grundleitung je nach Ansprechverhalten des Zw.- Pumpwerkes in der Stubenrauchstraße, dann keine Abw.- Entsorgung f. d. Anlieger möglich

Versickerung von Regenwasser

Keine bzw. nur stark eingeschränkte Regenwasser- Versickerung auf den Grundstücken möglich – Überschwemmung; vielfach zeHGW knapp unter Gelände

Öltank/ Heizungsanlage/ Warmwasserspeicher/ Gas- und Stromzähler/ Sicherungskasten

Anlagen vorw. im Keller; aufschwimmende Öltanks- Umweltkatastrophe; Umbau in das EG erf.; fünfstellige Kosten; ggf. Aufgabe des Kellers

WBK/ IBB/ Kredite/ Restschulden/ Steuermittel

Seit mind. 30 J. Förderung von Bauvorh. durch WBK/ IBB - **Steuermittel** !!!!; vors. geschätzt im *dreistelligen Millionenbereich*; nun **um sonst** ?; Leute mit noch laufenden Kapitaldiensten bes. schwer betroffen; Wert Haus/ Grst. gegen null; Aufgabe der Immobilie; weiter abzahlen; „Hilfe zur Selbsthilfe „ durch Inanspruchnahme von Fördermitteln der IBB (Angebot Senat) für Arbeitslose, Hartz-IV- Empfänger und Rentner keine Option.

Wohnraumbeschaffung

Großes Problem in Berlin, hier Vernichtung von ca. 3.500 Wohneinheiten; ca. 10.000 Bürger weg. Unbewohnbarkeit des Hauses obdachlos und zusätzlich wohnungssuchend

Straßen

Große Schäden an Straßen bei diesem zeHGW vorprogrammiert;
Sanierung/ Neubau, wenn überhaupt noch möglich, kostet den Steuerzahler Millionen

Baugenehmigung

Alle Bauvorhaben mit Baugenehmigung errichtet;
1958 - Hinweis des Landes Berlin an den Bezirk: „ Unterkellerung von Gebäuden bei bereits bekannter GW- Situation nur schwer möglich bzw. nicht umsetzbar„ - wurde vom Bezirk ignoriert; Baugenehmigungen erteilt ohne Ende; Einholung von GW- Auskünften über viele Jahre nicht vorgeschrieben; Streichung dieser Verpflichtung in Baugenehmigungen

Genehmigung/ Erlaubnis/ Grundwasserentnahme

Die vom Senat vorgeschlagene neue Brunnenanlage kann - zu Lasten des Verbandes - nur im öffentlichen Straßenland erfolgen; für den Neubau und Betrieb der Anlage, der Grundwasserentnahme und Einleitung in öffentliche Gewässer ist eine wasserbehördliche Genehmigung und Erlaubnis, eine Einleitungsgenehmigung (ggf. Wasserschiffahrtsamt) und die Zahlung eines Entgeltes für die Grundwasserentnahme erforderlich/ zu entrichten; sowohl die Grundstücksfrage als auch die Frage bez. der vorg. Erlaubnisse / Genehmigungen/ Zahlungen ist nicht annähernd und schon gar nicht kostenmäßig geklärt.

Wasserversorgungsanlagen BWB

Überstauung durch Grundwasser, wesentlich erhöhter Kostenaufwand bei Wartung/ Reparatur/ Neubau durch zus. Grundwasserhaltung- Gefährdung angrenzender Gebäude/ Einrichtungen – Gutachter erf., Kostentragung durch Verbraucher – Tarifierhöhung absehbar

Stadtweites Problem

Die Problematik der intelligenten Grundwassersteuerung zur Erzielung von stadtweiten siedlungsverträglichen Grundwasserständen betrifft auch div. andere Bezirke Berlins; das kann nicht auf einzelne Verbände, da nicht durchführbar, verlagert, sondern kann nur und muss zentral durch das Land Berlin geregelt werden. Die Koordination zwischen der Senatsverwaltung und einem Verband würde schon schwierig werden, ganz zu schweigen von einem Dutzend solcher Verbände in Berlin, die u.U. Sogar gezwungen sind gegeneinander zu arbeiten, um ihre jeweiligen Interessen zu wahren. Das Chaos ist vorprogrammiert!

Geben Sie bitte dieses Schreiben Ihrem zuständigen Fachausschuss zur Kenntnis

Fazit

Das ist Wahnsinn, den es zu stoppen gilt

Der Gesamtschaden ist für niemanden kalkulierbar

Ein ganzer Stadtteil droht „ abzusaufen „

Die Grundstücke/ Häuser im Rudower Blumenviertel gelten bereits heute auf Grund der o.a. Problematik als wertlos und demnach unverkäuflich

Hier werden Existenzen und Altersvorsorgen vernichtet

Hier entsteht ein volkswirtschaftlicher Schaden in Milliardenhöhe